

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

7.1.1927 (No. 5)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
• Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühren 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künstliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Anzeigensumme in bar zu zahlen oder in den unten unterzeichneten, bei der Inferent keine Ansprüche, Anvertraute Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beiträge zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Künstliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Wohnungsbaudarlehen 1927

Im Jahre 1927 werden für den Bau von Wohnungen Wohnungsbaudarlehen nach im wesentlichen gleichen Grundsätzen wie im vergangenen Jahre gewährt werden. Der Antrag auf Bewilligung eines Darlehens ist stets an das Bürgermeisteramt des Bauorts zu richten. Dieses erteilt auch Auskunft über die geltenden Vorschriften. Die Bestimmungen des Ministeriums des Innern über Wohnungsbaudarlehen vom 19. April 1926 (Karlsruher Zeitung Nr. 96) können von der Druckerei G. Braun in Karlsruhe bezogen werden. Die Gewährung des Darlehens erfolgt in den Städten über 10 000 Einwohnern durch den (Ober-)Bürgermeister, im übrigen durch den Wohnungsverband (Bezirksamt). Das Ministerium des Innern gibt an einzelne Bauherren keine Darlehen, es überweist seine Mittel vielmehr den genannten Städten und Wohnungsverbänden. Im Jahre 1927 wird das Land einen höheren Betrag für die Förderung des Wohnungsbaues verwenden als 1926.

Das Land wird ferner für den Bau von Wohnungen für seine wohnungslosen oder in Notwohnungen untergebrachten Beamten, Angestellten und Arbeiter wiederum Arbeitgeberdarlehen bereitstellen; auch hierfür sollen die bisherigen Bestimmungen im wesentlichen beibehalten werden.

Tagung der Süddeutschen Landwirtschaftskammern

Vertreter der süddeutschen Landwirtschaftskammern (Baden, Württemberg, Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Württemberg) haben in Anwesenheit von Vertretern des Deutschen Landwirtschaftsrates am 4. und 5. Januar in Stuttgart wichtige Fragen beraten.

Zu dem auch die Landwirtschaftsberührenden Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern wurde beschlossen: „Die süddeutschen Landwirtschaftskammern müssen als die berufsmäßigen Vertreter der süddeutschen Landwirtschaft mit Nachdruck fordern, daß bei den Verhandlungen des Reiches mit den Ländern über den künftigen Finanzausgleich die Länder so gestellt werden, daß sie ihr Eigenleben fortführen können und die für sie anfallenden Kulturaufgaben zu erfüllen imstande sind.“

Bezüglich der Vermögenssteueranlagung wird verlangt: eine Nachprüfung und Berichtigung der festgesetzten Einheitswerte; individuelle Behandlung bei Forstwirtschaft und Weinbau; keine Verschönerung der Rechte der Grundveräußerer; die Heranziehung örtlicher Sachverständiger auch in kleineren Gemeinden, sowie eine Spezifizierung der Steuerbefreiung.

Zu dem neuen Reichsmilchgesetz vom 23. Dezember 1926 wurde festgestellt, daß die Interessen der Landwirtschaft, insbesondere der Kleinbäuerlichen Betriebe, nicht berücksichtigt wurden. Es wird verlangt, daß wenigstens in den Ausführungsbestimmungen aufgenommen wird, daß der Verkauf von Milch durch Milchzuegungsgenossenschaften nicht als Handel gilt und daß bei dem Verkauf von Milch in Flaschen mit Patentverschlüssen und Abfülldatum eine Handelskonzeption nicht erforderlich ist. Für das kommende Reichsmilchgesetz, das am 1. April 1927 das jetzige ablösen soll, hat der Deutsche Städteitag einen Entwurf vorgelegt, der einer Anebenkung der Landwirtschaft gleichkommt und daher aufschärfte abgelehnt wird. Es wird verlangt, daß die Berufsvertretungen zu dem amtlichen Entwurf eines neuen Gesetzes gehört werden.

Eine Aussprache über die Staffeltarife der Reichsbahn führte zu folgender Entschiedenheit: Die süddeutschen Landwirtschaftskammern sind damit einverstanden, daß zunächst ein Abbau des Staffeltarifs vorgenommen wird.

Der vorliegende Entwurf eines Branntweinmonopolgesetzes wurde sehr scharf kritisiert, weil er den Bedürfnissen der Klein- und Obstbrenner in keiner Weise Rechnung trägt. Eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen wird den zuständigen Stellen zugeleitet.

Der Antrag einer Winzervereinigung aus der Pfalz auf Einbringung eines Obstweingesetzes wurde abgelehnt, da das Gesetz unzweifelhaft eine starke Verlastigung der Obstzüchter mit sich bringen würde.

Eine eingehende Aussprache fand über das landwirtschaftliche Kreditwesen statt. Bemängelt wurden die vielerlei Kreditarten und -formen, die unter Mitwirkung von Reichsstellen von Berlin aus gegeben werden. Es führt das zu einer großen Uneinheitlichkeit und Unübersichtlichkeit. Wir müssen wieder Vorkriegskreditverhältnisse antreiben. Auf eine Herabsetzung des Zinsfußes muß hingewirkt werden, besonders für Meßkredit, um den Personalkredit zu entlasten. Auch die Gründung neuer Banken und Bankfilialen ist überflüssig. Die bestehenden einheimischen Kreditinstitute reichen vollständig aus.

Das Gesetz über Titel und Orden. Wie mitgeteilt wird, hat sich das neue Kabinett auch mit dem Gesetzentwurf über Titel und Orden beschäftigt, da infolge des Austritts des Kabinetts Marx eine Weiterleitung des Entwurfs zur parlamentarischen Behandlung nicht mehr erfolgen konnte. Die Meldung eines Berliner Blattes, daß der Entwurf bereits dem Reichsrat vorliege, ist unzutreffend.

Wirtschaftliche Umschau

Die Nationalisierung, d. h. das Streben, die wirtschaftliche Betätigung entsprechend den durch Krieg und Nachkrieg geänderten Verhältnissen wieder gewinnbringend zu gestalten, ist das Hauptthema aller Jahresrückblicke der Körperschaften, Unternehmungen und Banken. Es ist eine Übereinstimmung darin festzustellen, daß auf diesem vielverzweigten Gebiet sehr verheißungsvolle Anfänge gemacht und erfreuliche Ergebnisse erzielt wurden und durchaus gangbare Wege zu erblicken sind, die weiterzuführen. Verfolgt man die Überblicke, welche die Fach- und Wirtschaftszeitschriften aus den Federn der Wirtschaftsführer und Syndici bringen, so sieht man erst, welche vielgestaltiger Fragenkomplex hier vorliegt. Wir sehen, wie in der Industrie, im Bergbau, in der Landwirtschaft, in Gewerbe und Handel Technik und Organisation ineinander greifen müssen, um zu Ergebnissen zu gelangen, welche ein Fortwärtkommen bedeuten, und in welcher grundverschiedener Weise und mit welcher mannigfaltigen Mitteln dabei gearbeitet werden muß. Nationalisierung im einzelnen, im großen und kleinen ist die Vorbedingung, für die Wiederaufrichtung der deutschen Gesamtwirtschaft, der deutschen Volkswirtschaft, aber sie wird nur dann diese Grundlage darstellen, wenn sie das Allgemeininteresse berücksichtigt, d. h. wenn es gelingt, die privatwirtschaftlichen, natürlich zunächst von den Interessen des Einzelnen und der körperschaftlichen Unternehmungen geleiteten Bestrebungen so zusammenzufassen, daß dabei das Interesse der Gesamtheit, der Volkswirtschaft gleichfalls gewahrt wird. Glücklicherweise liegen hier natürliche Bindungen vor, die nicht nur mechanisch sich auswirken, sondern auch bewußt erfaßt werden, denn die Unentbehrlichkeit der Förderung durch den Staat und seine Gesetzgebung zeigt sich schon im einzelnen. Andererseits gibt es auch die mannigfaltigsten Versuche, die volkswirtschaftlichen Postulate hintanzuführen, gerade in einer Entwicklung wie der gegenwärtigen, wo das Ringen so schwer ist und die Interessenzusammenschlüsse leicht den Blick verdunkeln und dem Willen für das große Ganze Abbruch tun können.

Am zwingendsten gestaltete sich unter der Einwirkung der Weltwirtschaftskrise das Problem für die deutsche Industrie, und die Objekte selbst bedingten es, daß die ganz großen Betriebe hier besonders beachtet wurden und auch vorangingen. Grundlegendes wurde hier durch die großen organisatorischen Zusammenschlüsse und Vereinbarungen geschaffen, wobei zunächst die Tendenz zur Neugliederung in horizontaler Richtung sich zeigte, aber auch vertikal kündigen sich bereits wieder Vereinbarungen, vor allem zur Sicherung der Rohstoffbezüge, an. Darüber hinaus ist man auch mit der ausländischen Produktion in Verbindung getreten und schon zu Vereinbarungen zum Teil sehr weitreichender Art gekommen. Man beginnt neue hochbedeutende Erfindungen auszuwerten, hat die Aufgaben der in den Kongernen zusammengeflochtenen Einzelbetriebe spezialisiert, in den Betrieben selbst die Arbeitsweise durch typifizierte Produktion und Normierung vereinfacht und ist auch verheißungsvoll zur Arbeit am laufenden Band übergegangen. Konnten so zunächst große Teile der Großindustrie entsprechend ihren großen Mitteln und ihrem größeren Kredit bahnbrechend vorgehen, so müssen ihnen auch der Handel, dessen Entwicklung weitgehend von der der Produktion abhängt und dann auch die mittlere und kleine Industrie und das Gewerbe folgen.

Sehr wichtig ist es, daß die Finanzierung der deutschen Unternehmungen rationell erfolgt, und daß der deutschen Wirtschaft die notwendigen großen Absatzgebiete in der Welt erschlossen werden, was am besten durch Verständigung mit den übrigen großen Produktionsländern geschieht. Finanzierungs- wie Absatzfragen sind heute Probleme weltwirtschaftlichen Umfangs geworden. Nicht interessant sind diese Zusammenhänge aus dem ausführlichen letzten Halbjahresbericht der Reichskreditgesellschaft ersichtlich. Es wird festgestellt, daß die deutsche Wirtschaft aus eigenem Kapital und soweit dies nicht ausreicht, aus fremdem Kapital die Reorganisation in Industrie und Handel vollenden, und außerdem Deutschland in die Lage versetzt werden müsse, in Zusammenarbeit mit anderen Ländern auf kolonialem Gebiet an die Ausbeutung der pflanzlichen Rohstoffe und Bodenschätze zu gehen. Die Kapitalbildung in Deutschland betrage schätzungsweise ungefähr die Hälfte der

jenigen der letzten Vorkriegszeit. Damals betrug die jährliche Kapitalbildung (den heutigen Geldwert angenommen) annähernd 12 Milliarden, und ungefähr 8 Milliarden wurden zum Ausbau des deutschen Produktionsapparates verwendet. Heute genügt die Kapitalbildung aus eigenem somit noch lange nicht dazu und außerdem müssen die Reparationen — in diesem Jahre 1 1/2 Milliarden, in 3 Jahren 2 1/2 Milliarden — bezahlt, ferner Kapital zum Ausbau des Produktionsapparates ausgeführt, für den Außenhandel Stützpunkte errichtet werden.

Wir sind somit gezwungen, einen Produktionsertrag zu erwirtschaften, der über die Höhe des Vorkriegsertrags hinausgeht. Es läßt sich ersehen, welche riesige Summen auch an auswärtigen Kapitalien erforderlich sind, die mit ihrer Verzinsung und Amortisierung unsere Zahlungsbilanz noch weiter belasten. Während die Zinsverhältnisse im Ausland sich kaum verändert haben, sind die Bedingungen für deutsche Anleihen ständig günstiger geworden. Auch dieser Umstand weist uns auf die Wichtigkeit der Kapitalbildung in Deutschland hin.

Die Vorgänge in der Kaliindustrie interessieren das Land Baden in höherem Maße als bisher, nachdem wir durch die Eröffnung der Bugginger Schächte in die Reihe der deutschen Produktionsländer eingetreten sind. Kali wird erst seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts gewonnen, und Deutschland besaß bis 1918 ein Produktionsmonopol in der Welt, da die Vorkommen in den übrigen Ländern nicht ins Gewicht fielen. Mit dem Erwerb der elsässischen Gruben ist nun auch Frankreich Kaliproduzent geworden und dieser Tage ist bereits das zweite deutsch-französische Kaliabkommen unterzeichnet worden, wonach der französische Absatz auf dem Weltmarkt auf 30 Proz., der deutsche auf 70 Proz. der Produktion festgesetzt wird. Auch wurde Frankreich eine Erhöhung der Quote auf 50 Proz. zugestanden, sobald der Gesamtexport beider Produktionsgebiete eine bestimmte Höhe erreicht. Das Abkommen bringt eine kleine Verbesserung gegenüber dem ersten in Lugano abgeschlossenen Vertrag. Weitere Abmachungen über die Organisation des Kaliabfahes in der Welt stehen noch in Aussicht, wobei in den verschiedenen Ländern gemeinsame Verkaufsgesellschaften geschaffen werden sollen, die erste noch in diesem Monat in England. Die Quotenverteilung entspricht dem tatsächlichen Größenverhältnis der deutschen und der elsässischen Kaliindustrie nicht, aber man hat Frankreich entgegenkommen müssen, obwohl die elsässischen Kalischiefer nur einen geringen Bruchteil der deutschen Gesamtvorkommen darstellen, da man einen schrankenlosen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt vermeiden wollte.

Die Kaligewinnung entwickelte sich vor Mitteldeutschland aus. Einst galten die bitteren Chlorkaliumsalze bei der Steinsalzgewinnung als unnütze Abwässer. Ihr Wert wurde zuerst für die Industrie erkannt, die sich bis dahin bei der Seifen-, Glas- und Schießpulverherstellung mit Pottasche, aus Holzasche hergestelltem kohlensauren Kali behalf. Das Chlorkalium ist jedoch viel billiger und wird heute außerdem u. a. in der Parfümerie-, Konferven-, Papier-, der Kalk- und Zinprägnierindustrie und beim Goldbergbau verwendet. Erst später erkannte man den Wert des Kalis als Düngemittel und es ist heute längst wertvoller als das Steinsalz, das bei den badischen Kalivorkommen z. B. gar nicht mit abgebaut wird. Vom gewonnenen Reinfalt nimmt heute die Landwirtschaft über 90 Proz. auf.

Die Organisation der Kaliproduktion hat eine lange Geschichte. Schon 1879 kam es zu einer Verkaufsgemeinschaft der Werke, aus der 1888 das erste Kalisyndikat hervorging, ihm waren 1913 rund 160 Werke angegeschlossen, die über 100 Millionen Doppelpentner Rohsalz erzeugten. Schließlich trat, da der Absatz sich nicht so schnell vergrößern ließ, wie die neuen Werke sich vermehrten, eine Überproduktion ein. Der preussische Staat wurde selbst Grubenbesitzer, um der Landwirtschaft billige Preise zu sichern. 1910 kam das Kaligesetz, das die Verfügung über die produzierten Kalimengen unter behördliche Aufsicht stellte, und u. a. bestimmte, daß die Auslandspreise nicht unter den niedrigsten Inlandspreisen liegen dürften. 1919, nach dem Kriege, wurde den Reichskalifat aus Erzeugern und Verbrauchern in Landwirtschaft und Industrie, mit weitgehenden Befugnissen begründet und im Anschluß daran das Zwangssyndikat gebildet. Die Entscheidungen des Reichskalifats unterliegen lediglich der Genehmigung des Reichswirtschafts-

ministers. Neuerdings wird eine Reform des Staates angestrebt. Ein Rationalisierungsprozess in großem Umfang ist mit erheblichen finanziellen Aufwendungen durchgeführt und gleichzeitig damit auch eine Bewegung zur Konzernierung zu verzeichnen, die nun bekanntlich bereits auf Schaffung eines Kartelltrastes nach dem Vorbild des Farbentrastes abzielt.

Hauptabnehmer für Kalk im Ausland ist bekanntlich Amerika, im Inland hat die Kalkproduktion infolge der Fortschritte in der Herstellung von Düngemitteln, der auch ein Ausführungsprodukt darstellen wird, große Entwicklungsmöglichkeiten. Man befürwortet jetzt ein rationelles Zusammenarbeiten der S. G. Farbendindustrie mit den Kalkwerken und auch den Anführern, die ja gleichfalls die Düngemittelherstellung in die Hand nehmen wollen, um eine Zersplitterung der Kräfte und eine Kapitalvergeudung zu vermeiden.

Der Reichsinnenminister zur Lage

Auf der Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Stuttgart hielt Reichsinnenminister Dr. Brüning am gestrigen Donnerstag eine Rede, in der er auch die innerpolitischen Probleme berührte.

Im inneren Leben Deutschlands gelte es, an der weiteren Festigung des Staates mit aller Kraft zu arbeiten. Wenn die jetzige Regierungskrise eine Konsolidierung unserer Parteikonstellationen im Reichstag bringen sollte, so habe sie wenigstens ein Gutes erwirkt. An sich sei sie ein Ausfluß der Jugend unseres parlamentarischen Systems. Im Moment eines starken außenpolitischen Erfolgs sei die Reichsregierung gestürzt, weil die beiden Flügelparteien des Reichstags es für zweckmäßig hielten, gerade in diesem Augenblick und gerade vor einer fünfjährigen Parlamentspause die taktische Frage der Mehrheitsbildung durch eine Regierungskrise anstatt durch ruhige und leidenschaftslosere Verhandlungen über die politische Problematik zu klären. Bei der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Struktur des deutschen Volkes sei eine Konsolidierung des staatlichen Lebens nur durch eine Politik der mittleren Linie zu erreichen. Auf einer solchen Linie müsse das Parlament die Regierung aber auch wirklich arbeiten lassen. Ein bekannter britischer Staatsmann habe den auch für uns sehr beachtlichen Satz gesprochen: die Stärke unseres Systems liegt darin, daß das Parlament niemals regieren wollte. Für uns gilt es, einen Zustand zu erreichen, bei dem die Regierung auch wirklich regieren kann und nicht dauernd im Kampf der Parteien zerrieben wird.

Die Konsolidierung unserer staatlichen Verhältnisse verlange ein Verbundensein auch der breiten Masse des Volkes mit dem Staate. Deswegen würden Parolen wie: niemals mit der Sozialdemokratie, oder: immer gegen die Sozialdemokratie überaus verhängnisvoll wirken müssen. Die gleichberechtigte und gleichverpflichtende Eingliederung der arbeitenden Massen in den staatlichen und sozialen Organismus ist ein Grundziel aller Politik und in dem Drang der unteren Schichten emporzukommen, ist das höchste ethische Gesetz der Menschheit überhaupt zu erkennen.

Innerliche Verbundensein mit dem Staate müsse vor allem von den Funktionären des staatlichen Willens, von der Beamtenschaft und der Reichswehr verlangt werden. Man soll kein Bspiesbüro der Republik züchten wollen, aber die Beamtenschaft und vor allem die Reichswehr sei ein Instrument des Staates, und dieser Staat ist die deutsche Republik. In ihr findet heute der nationale Gedanke seine staatliche Ausdrucksform. Wer heute der Nation dienen will, muß der Republik dienen. Man kann und soll Ehrfurcht vor dem Großen auch in der Vergangenheit haben, aber der Kreuzzugskritiker Wecker habe Recht mit seinem Wort: neue Kräfte und neue Erfolge wachsen aus neuem Glauben und neuen Zielen und nicht aus alten Erinnerungen oder geschichtlich überholten Idealen. Daß die Reichswehr vom Standpunkt der Pflichterfüllung mit dem Staate sich verbunden fühle, habe sie in schweren Stunden wiederholt gezeigt, jetzt gelte es, sie innerlich und seelisch mit dem Staate und der deutschen Republik zu verbinden. Von diesem Gesichtspunkt aus sei es selbstverständlich, daß die Reichswehr jede Verbindung mit Verbänden politisch verwerfliche müsse, die den heutigen Staat innerlich ablehnen und daß sie streng von politischen Einflüssen freigehalten werden müsse, sowohl bei der Annahme von Offizieren und Mann als auch bei der Erziehung der Mannschaft durch die Offiziere.

In seinen weiteren Ausführungen kam der Minister auch auf die privatwirtschaftliche und staatswirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zu sprechen. Die Wiedereinordnung Deutschlands in den Organismus der Weltwirtschaft durch entsprechende Handelsverträge sei Lebensgebot für die deutsche Wirtschaft. Innenwirtschaftlich seien manche Anzeichen einer langsamen Besserung vorhanden, aber die Ziffer der Erwerbslosen sei nach wie vor eine schwere Sorge. Die staatlichen Finanzen seien auf das äußerste angespannt. Der endgültige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden werde ein hartes Stück Arbeit sein. Er werde ganzgünstig das Problem der Verwaltungsreform in Fluß bringen, hier und da vielleicht auch an der Struktur des deutschen Reiches nicht halt machen. Völkerverträge, deren Dasein nur auf dynastischer Tradition beruhe und nicht auf innerer statischer Lebenskraft, hätten keinen Anspruch mehr auf Eigenstaatlichkeit.

Die Tagung fand in der Völkerei statt und wurde von dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Geheimrat Dr. Brüning eröffnet, der die Erschienenen, insbesondere den Senior der Partei, Vizelanker a. D. von Bayer, begrüßte. Nachdem der Abg. Dees die Grüße der badischen Parteifreunde überbracht hatte, ergriff der Reichsminister des Innern das Wort. Die Rede wurde mit förmlichem Beifall aufgenommen. Frau Ministerialdirektor Dr. Gertrud Bänmer hielt ein gleichfalls mit großem Beifall aufgenommenes Referat über „Deutschland, Europa und der Völkerverbund“.

Eine Erklärung der Runtiat in Paris. Die päpstliche Runtiat in Paris veröffentlicht eine Erklärung, in der sie die Blätternachricht als falsch bezeichnet, daß die Autonomiebewegung im Elsaß direkt oder indirekt seitens des St. Stuhles ermutigt werde. Falsch sei ferner die Meldung, daß der St. Stuhl sich für die Förderung des Anschlusses Österreichs an Deutschland eingesetzt habe. Die Erklärung schließt mit der Feststellung: Der St. Stuhl wird seine moralische Unterstützung jeder Aktion verleihen, die die Festigung des Friedens unter den Völkern zum Ziele hat.

Volkstrauertag 1927. Der Volkstrauertag Deutscher Kriegsgriberfürsorge teilt mit, daß der Volkstrauertag 1927 am 13. März stattfindet und die Vorbereitungen zum einmütigen würdigen Gedenken desselben in Angriff genommen sind. Vereine und Korporationen wollen diesen Tag bei Festsetzung irgendwelcher Veranstaltungen berücksichtigen.

Politische Neuigkeiten

Barter Gilbert über Deutschland

Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Barter Gilbert, empfing nach seiner Konferenz mit dem Präsidenten Coolidge in Washington Vertreter der Presse, denen er u. a. erklärte:

Harte Arbeit und der Wille zum Frieden haben zu einer stetigen Erholung Deutschlands von den furchtbaren Folgen des Krieges geführt. Deutschland hat seine Währung stabilisiert und ist an die Arbeit gegangen. Einige Nationen haben das eine oder das andere getan. Deutschland hat beides getan. Darum war es in der Lage, im vergangenen Jahre 350 Millionen Dollar auf Reparationskonto zu zahlen. Wir hoffen, daß Deutschland auch den künftigen Anforderungen gerecht werden kann. Eine etwaige Unfähigkeit Deutschlands, den Kapitalbetrag von 600 Millionen Dollar zu zahlen, hätte nicht den Zusammenbruch des Dawesplanes bedeutet. Der Plan ist elastisch genug, um jeder Sachlage gerecht zu werden. — Barter Gilbert sagt dann weiter: In Deutschland besteht eine fortschreitende Tendenz zum Frieden. Der Locarnopakt war der Ausdruck dieses Wunsches. Es liegt kein Beweismaterial für die dann und wann auftauchenden Schredensmeldungen vor, daß Deutschland rüfte. Wir sehen, daß jeder Mann in jedem Lande ein paar tausend Flinten zu finden vermag.

Der Reichsetat für 1927

Von den Berliner Blättern wird als Kuriosum des Reichsetats für 1927 die Tatsache bezeichnet, daß Reichsregierung und Reichsrat in der Bemessung einzelner Etatsposten nicht zu einer Einigung gelangt sind, was schon in der äußeren Form des im Druck vorliegenden Haushaltsplanes zum Ausdruck kam. Den Voranschlägen einzelner Ressorts sind Blätter beigelegt worden, auf denen die abweichenden Beschlüsse des Reichsrates und die Einwände der Reichsregierung dagegen verzeichnet sind. Der Reichsrat hat als Vertretung der Länder sich zugunsten der letzteren eingesetzt. Er hat die Ausgaben um 128,1 Millionen Mark erhöht. Davon entfallen 112 Millionen auf die Überweisungen an die Länder aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer. U. a. hat der Reichsrat gegenüber der Regierungsvorlage 15 Millionen M. mehr eingesetzt als einmalige Beihilfe für wirtschaftlich und kulturell besonders bedrängte Grenzgebiete, 600 000 M. mehr als Kosten für die Durchführung einer Reichswohnungszählung und 112 500 000 M. mehr an Überweisungen an die Länder, insgesamt also 128 100 000 M. mehr gegenüber der Regierungsvorlage. Zur Deckung dieser Mehrausgaben hat der Reichsrat eine Erhöhung von Einnahmemaßen bei den verschiedenen Steuereinnahmen um 104 Millionen Reichsmark und eine Kürzung von Ausgabeansprüchen um 24 100 000 M., insgesamt also 128 100 000 M. beschlossen, so daß auch nach den Beschlüssen des Reichsrates der Etat sich im Gleichgewicht befinden würde.

Die Staatsberatung im Haushaltsausschuß des Reichstages wird bereits in der nächsten Woche in Angriff genommen werden.

Die Lage in China

Die Situation in Sankau ist so ernst geworden, daß nicht nur die Räumung der englischen Konzeption begonnen hat, sondern von amerikanischer Seite bereits die vollständige Räumung durch die Ausländer für notwendig bezeichnet wird. Wegen der Verletzung eines Deutschen in Sankau, namens Burmeister, hat die Kantongregierung jede Benutzung zugesagt. Die englische Admiralität soll beschlossen haben, neun weitere Zerstörer nach China zu senden.

Von einem Erfolg des Generals von Schanghai, der zwischen Nord und Süd eine Mittelstellung einnimmt, Suntschuanfang wird berichtet, er habe die Stadt Fuzung, 20 Meilen von Hangschou entfernt, eingenommen. Wenn dies den Tatsachen entspricht, so bedeutet es, daß die Streitkräfte Suntschuanfangs einen entscheidenden Sieg davongetragen haben, denn Fuzung ist einer der südlichen Hauptverkehrswege bei Hangschou.

W.D. London, 7. Jan. (Tel.) Eine Agenturmeldung aus Schanghai besagt, die Lage in Sankau werde immer schlimmer. So gut wie die ganze Bevölkerung ohne Unterschied der Klassen befände sich in Aufruhr gegen die Engländer und es würden die übertriebenen Forderungen erhoben.

Kommunistische Reichskonferenz. In Weimar ging soeben eine parlamentarische Reichskonferenz der kommunistischen Partei zu Ende, die Richtlinien für die kommunistische Parlamentsarbeit in den Tagen des Finanzausgleichs, der verstaatlichten Mittelschichten und der Beamtenschaft aufstellte. Außerdem wurde eine Entschließung angenommen, die dem Staatspräsidenten der litauischen Republik zugesandt wurde. Darin protestiert die Konferenz gegen den Regierungsterror und die Mordanschläge an Klassenbewußten Arbeitern Litauens und verlangt die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen Litauens.

Ein Angefallenenheim in den Barmischen Alpen. Vor einiger Zeit sind alle Baulichkeiten des Weilers Galturm in den bayerischen Alpen in den Besitz des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G. D. A.) übergegangen, der sie zu einem Erholungsheim für seine Mitglieder umgestaltet hat. Das Hauptgebäude besitzt Dampfheizung und fließendes Warm- und Kaltwasser. Die abschüssigen Wiesen des Weilers bieten ein ideales Gelände für die Ausübung des Wintersportes. Die beträchtliche Seehöhe gewährt bis in den Vorfrühling hinein die Aussicht auf Schneelage. Über Weihnachten wurde nicht weniger als 1 Meter Schnee gemessen.

Kündigung des Lohntarifs der chemischen Industrie. Ebenso wie im Bezirk Mainau ist in der Sektion 6 (Baden und Rheinpfalz) durch Beschluß der Tarifkommission im Auftrage der beteiligten Gewerkschaften das Lohnabkommen für die chemische Industrie auf den 31. Januar gekündigt worden. Feste Lohnforderungen wurden nicht gestellt, sondern nur eine Lohnhöhung verlangt, die in den Verhandlungen festgesetzt werden soll. Im Bezirk Rheinpfalz und Mainau wird besonders die S. G. Farbendindustrie von der Lohnbewegung betroffen. Verhandlungen werden voraussichtlich erst in etwa 14 Tagen stattfinden.

Kurze Nachrichten

Kabinettsinstruktionen für die Pariser Verhandlungen. Wie aus Berlin mitgeteilt wird, ist das Kabinett heute Mittag zu einer Sitzung zusammengetreten, um die Instruktionen festzulegen, die General Kamelsz und Geheimrat Forster für die kommenden Pariser Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage mitzugeben werden sollen.

General von Seekt in Dabovs. Mittermeldungen zufolge ist der frühere Chef der deutschen Heeresleitung, General v. Seekt, in Dabovs zu längerem Aufenthalt eingetroffen.

Kein Rücktritt Görings. Wie das W.D. von zuständiger amtlicher Stelle erfährt, ist über das Ausscheiden des Oberpräsidenten Göring in Magdeburg, worüber verschiedene Berliner Blätter zu berichten wußten, nichts bekannt.

Einberufung des Rates für Weinbau und Weinhandel. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern den Rat für Weinbau und Weinhandel zu einer Sitzung am Freitag, den 14. Januar 1927, nach Wiesbaden einberufen. Hauptgegenstand der Verhandlungen ist die Änderung des Weingesetzes.

Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Polen. Wie aus Berlin mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen über das Stokkholmer Chorow nach mehrtägiger Pause Mittwochabend wieder aufgenommen worden. Heute abend beginnen die Verhandlungen über den Handelsvertrag wieder und zwar treten sowohl die Kommission für den Zolltarif als auch diejenige für die Niederlassungsfragen zusammen.

Ein internationales Gelehrteninstitut. Der Staatsratsbescheid des Reichsministeriums des Innern für 1927 enthält den Antrag der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf Errichtung eines Instituts zur Aufnahme ausländischer Gelehrter in Berlin-Dahlem. Dadurch würde ein wissenschaftliches Forschungszentrum in Deutschland geschaffen, an dem hervorragende ausländische Gelehrte 1-3 Jahre arbeiten könnten.

45 Menschenleben gerettet. Vom preussischen Staatsministerium ist zwei Kapitän, eine Maschinist und einem Matrosen aus Hamborn-Allum die Rettungsmedaille am Bande verliehen worden. Durch ihr entschlossenes Eingreifen hatten sie im Mai vor. J. bei dem auf einem städtischen Motorboot ausgebrochenen Brande 45 Menschen vor dem Tode des Ertrinkens und Verbrennens gerettet.

Französisch-russische Verhandlungen. Nach dem „Echo de Paris“ ist das Mitglied des Quai d'Orsay, Labonne, nach Moskau abgereist. Das Blatt nimmt an, daß er versuchen solle, die französisch-russischen Verhandlungen, die trotz verschiedener Aufbühnungen bisher nicht wieder aufgenommen worden sind, aus der Sackgasse, in die sie anscheinend geraten sein dürften, herauszuführen.

Neue Krise im englischen Bergbau. Der Londoner „Daily Herald“ berichtet, die Unzufriedenheit, die in den gesamten Kohlenfeldern herrsche, habe im Gebiet von Kent einen derartigen Grad erreicht, daß eine Streikaktion geplant sei.

Die polnische Handelsmarine. In Anwesenheit des polnischen Handels- und Industrieeministers, des Wojwoden von Pomerellen, des Bürgermeisters von Rosten, des Präsidenten der Handelsmarine und anderer Persönlichkeiten fand in Gdingen die Taufe des ersten von den fünf zusammen 15 000 Tonnen fassenden Handelsmarineschiffen statt, das den Namen „Wilno“ erhielt.

Ein amerikanisches Luftschiff. Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm einen Zusatzartikel zur Marineetatvorlage an, wonach 200 000 Dollar für den Beginn des Baues eines Luftschiffes bewilligt werden, das als Ersatz für die „Schenandoah“ dienen soll. Die gesamten Baukosten werden auf 4 1/2 Millionen Dollar geschätzt.

Badisches Landes theater

Spielplan vom 8. Januar bis 18. Januar 1927

a) Im Landes theater:

Samstag, 8. Januar. Nachmittags: König Drosselbart. V. E. Gr. 8-10 (3.-).
Abends: * B 13. Th.-Gem. 1-100 und 1301-1400. Dover-Galais. 8 bis geg. 10 1/2 (5.-).

Sonntag, 9. Januar. Außer Miete: Tannhäuser. 6 1/2-10 1/2 (8.-).
Montag, 10. Januar. Th.-Gem. 201-300 und 1401-1525. 5. Sinfonie-Konzert. 8-10 (4.-).

(Die 2. Rate der Platzmiete für die Sinfonie-Konzerte wolle einbezahlt werden.)
Dienstag, 11. Januar. * E 12. Th.-Gem. 3. E. Gr. Turandot. 8-10 (7.-).

Mittwoch, 12. Januar. Volksbühne 5. Die Ratten. 7 1/2 bis 10 1/2 (5.-).
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Donnerstag, 13. Januar. * D 13. (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 201-300. Dover-Galais. 8 bis u. 10 (5.-).
Freitag, 14. Januar. * G 13 (nicht Freitagmiete). Th.-Gem. 601-700. Die Fuppensee.

Hierauf: Klein Das Blumen. 8-9 1/2 (7.-).
Samstag, 15. Januar. * A 13. Th.-Gem. 301-500. Egmont. 7-10 1/2 (5.-).

Sonntag, 16. Januar. Nachmittags: 7. Vorstellung der Sondernmiete für Audawärte: Die Hamburger Fische. 2 1/2 bis geg. 5 (3.-).
Abends: * C 13. Th.-Gem. 701-800. Die Fugenotten. 6 1/2-10 (8.-).

Montag, 17. Januar. Volksbühne 5. Die Ratten. 7 1/2 bis 10 1/2 (5.-).
Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigehalten.

Dienstag, 18. Januar. * B 14. Die Bohème. 7 1/2 bis u. 9 1/2 (7.-).

b) Im städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 9. Januar. * Die Durchgängerin. 7 1/2 bis geg. 10 (4.-).
Sonntag, 16. Januar. * Die Durchgängerin. 7 1/2 bis geg. 10 (4.-).

c) In der städt. Festhalle:

Montag, 17. Januar. 4. Volks-Sinfonie-Konzert. 8-10 (90 bis 3 M.).
Erste Rundfunkausgabe des Badischen Landes theaters Mittwoch, den 12. Januar 1927.

Wochenplan. Sprecher: Otto Wiersch. Nächste Spielplangestaltung im Schauspiel. Sprecher: Felix Baumbach. Nächste Spielplangestaltung in der Oper. Sprecher: Helmut Grobe.

Vorrecht. a) bei Mietvorstellungen Umtausch für Inhaber von Blockstellen jeweils ab Samstag nachmittags 8 1/2 bis 5 Uhr.

b) bei Vorstellungen außer Miete: Vorrecht der Platzmiete mit 10 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 8 1/2-12 Uhr. — Die im Wochenplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Mietabteilungen abgewechselt.

c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf. Vorverkaufsstelle des Landes theaters, Fernspr. 6288. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen Musikalienhandlung Fritsch Müller, Ecke Kaiser- und Baldfstraße, und Reisebüro Hermann Mehle, Kaiserstraße 141. Weitere Verkaufsstellen: Bismarckhof, Kaiserstraße 141, Weitere Verkaufsstellen: Bismarckhof, Kaiserstraße 141, Weitere Verkaufsstellen: Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48.

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr, Sonntags 4 u. 8 Uhr

Die große Revue

Das Champagnergirl

Badischer Teil

Badischer Landtag

Wiedereröffnung der parlamentarischen Tätigkeit

In nächster Woche nimmt der Badische Landtag seine Tätigkeit wieder auf. Zunächst hält der Ausschuss für Rechts- und Verwaltung am Dienstag, 11. d. M. eine Kommissionsitzung ab. Er hat verschiedene sozialpolitische Anträge zu beraten, welche dem Landtag im vorigen Monat von einzelnen Parteien zugegangen sind. — Der Ausschuss für Gesetze und Beschwerden tritt am 12. Januar wieder zusammen.

Vom Badischen Bahnhof in Basel

Mit der Frage der beschleunigten Fertigstellung einer direkten Verbindungslinie zwischen dem Badischen Bahnhof und dem neuen Rangierbahnhof auf dem Muttenszger Feld hat sich auch der Basler Verkehrsverein beschäftigt. Er richtete an das Departement des Innern, zu Händen der Generaldirektion der schweizerischen Bundesbahnen eine Eingabe, in der die beschleunigte Herstellung einer solchen direkten Verbindungslinie gefordert wird, weil durch die dann ermöglichte Umleitung einer größeren Anzahl von Güterzügen nach dem neuen Rangierbahnhof der Basler Personenbahnhof wesentlich entlastet werden könnte.

Die Karlsruher S.P.D. zur Lage

Die Karlsruher Sozialdemokratische Partei nahm in ihrer Hauptversammlung am Mittwoch Stellung zur Regierungskrisis, zur Reichswehr und zur Koalitionsfrage. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Schöpslin, kam u. a. auf die Tatsache zu sprechen, daß die drei badischen Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei nicht für den Mißtrauensantrag gestimmt haben, sondern sich der Stimme enthielten. Mit der Regierung Marx mußte Klarheit geschaffen werden, aber wir hielten den Zeitpunkt nicht für den richtigen und waren nicht damit einverstanden, daß die Regierung gestürzt wird und der Reichstag in Ferien geht, ohne eine neue Regierung zu bilden. — Ferner beschäftigte sich sodann mit der Reichswehr und warf Dr. Geisler vor, daß er die Dinge habe laufen lassen, da er glaube, er müsse das Gerüppe für ein späteres großes Heer schaffen. Klarheit mit der Reichswehr sei notwendig. Ein Versuch mit der Weimarer Koalition müßte unbedingt unternommen werden. Die Regierung der Republik müsse in die Hand der Republikaner gelegt werden. — An der nun folgenden Aussprache beteiligte sich auch Minister Dr. Kemmerle. Die Militärpolitik der letzten Jahre könne von der Sozialdemokratie nicht länger getragen werden. Es müßten gefestigte Grundlagen geschaffen werden, um den Arbeitslosen zu helfen. Die große Mehrheit der Partei sei einer Mitarbeit in der Reichsregierung jetzt noch abgeneigt. Die Große Koalition sei bei dem Verhalten der Deutschen Volkspartei nicht möglich. Andererseits sei die Gefahr einer Rechtsregierung nicht außer Acht zu lassen. Es sei in einzelnen Regimentern unserer Reichswehr schon so, daß nicht nur nicht Sozialdemokraten aufgenommen werden, sondern nicht einmal bürgerliche Offiziere.

Badische Bauern-Krankenkasse

Der Hauptvorstand des Badischen Bauernvereins hat, wie aus Freiburg gemeldet wird, in seiner letzten Sitzung nach eingehender Prüfung der Bedürfnisfrage, die Errichtung der „Badischen Bauern-Krankenkasse“ beschlossen.

Aus der Erzdiözese Freiburg

Im Jahre 1927 können aus der Erzdiözese Freiburg 82 Geistliche das 25 jährige Priesterjubiläum begehen, 7 das 50 jährige, je einer das 60 jährige, 65 jährige und 70 jährige; letzterer, der Pfarzer Münch, zuletzt in Mingsolsheim, kam am 8. Januar 1927 auf 98 Lebensjahre zurück, er wurde am 10. August 1857 zum Priester geweiht. Er ist der älteste katholische Geistliche in Baden und wohl von ganz Deutschland.

Neue evangelische Pfarreien

In Durlach-Aue, das bisher Filiale von Durlach war, wurde eine evangelische Pfarrei errichtet, ebenso in Tiengen bei Waldshut, das bisher als Filiale zu Kadelburg gehörte, anstelle des dortigen Vikariats.

Gemeinde-Rundschau

Ergebnislose Bürgermeisterwahl. Bei dem in St. Peter abgehaltenen dritten Wahlgang waren die gleichen Kandidaten aufgestellt wie beim ersten Wahlgang. Es erhielten Albert Heilmann 159 (früher 159) Stimmen, Leopold Gätlich 121 (171), Josef Schuler 119 (171). Da nun auch der dritte Wahlgang noch zu keinem Ergebnis geführt hat, wird der Gemeinde ihr Oberhaupt jetzt vom Staat bestimmt werden.

Stadtgeschichtliche Altertumsfunde in Ettlingen. Ein stadgeschichtlicher Fund wurde dieser Tage im Stadtarchiv Ettlingen gemacht. Als die Museumskommission das Archiv besichtigte, fand sie in einer vergessenen Ecke eine ganze Anzahl wichtiger Werke auf, deren stadgeschichtlicher Wert bisher wohl noch nicht erkannt worden ist. Diese sind als Originale und Abschriften aus dem 16. Jahrhundert von großer Bedeutung. Es ist anzunehmen, daß sie dem Brande von 1689, als die Stadt von den Franzosen bedroht wurde, entziffen werden konnten und mit einem Teil der alten Rechnungsbücher nach Ulm und später wieder zurück nach Ettlingen gebracht worden sind.

Aus der Landeshauptstadt

60. Geburtstag. Handelskammerpräsident Robert Nicolai, Direktor der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, Schwedischer Konsul, Ehrensenator der hiesigen Technischen Hochschule, vollendet am nächsten Sonntag sein 60. Lebensjahr. Nicolai erwiderte nach Lehr- und Studienjahren in London und Paris, im Jahre 1888 ein eigenes Bankgeschäft in Baden-Baden, das 1897 als Kommandite an die damalige Oberheinische Bank überging. 1898 wurde er Direktor der Abteilung Karlsruhe der Oberheinischen Bank Mannheim. Bald darauf übernahm die Oberheinische Bank das altangesehene Bankhaus Eduard Koelle, in dessen Geschäftshaus am Rondellplatz die Karlsruher Niederlassung der Oberheinischen Bank überjubilte. 1905 wurde die Oberheinische Bank mit der Rheinischen Creditbank fusioniert und der Betrieb im Hause der letzteren vereinigt. In seiner Eigenschaft als Bankdirektor ist Nicolai Aufsichtsratsvorsitzender mehrerer Industrieunternehmen. Seit 1910 ist er Mitglied der Handelskammer Karlsruhe, seit 1922 ihr stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister und im April 1924 wählte ihn die Handelskammer zu ihrem 1. Präsidenten. Dieses Amt übt er mit großer Umsicht und unter allgemeiner Anerkennung zu Nutzen der Industrie und des Handels des Kammerbezirks aus. Es würde zu weit führen, alle die Ehrenämter aufzuführen, die Nicolai viele Jahre hindurch im Interesse der Allgemeinheit namentlich auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens, so des Votens Kreuzes, der Studentenhilfe usw. übernommen hat. Nicolai ist nicht nur eine in den Kreisen von Badens Handel und Industrie, sondern auch in weiten Schichten der übrigen Bevölkerung bekannte Persönlichkeit.

Die Mittelbadische Verkehrsgemeinschaft mit dem Vorort Karlsruhe hat ein weiteres Mitglied erhalten. Der Verkehrsverein Achern ist aufgenommen worden.

V. Sinfoniekonzert des bad. Landestheaterorchesters. Das Programm des fünften Sinfoniekonzertes, das auf Montag, den 10. Januar angelegt ist, kündigt drei in der Orchesterpalette zwar sehr unterschiedliche, aber im Zug der musikalischen Entwicklung doch gleich bedeutende Instrumentalwerke an. Von C. W. von Weber wird man eingangs die Oboerstücke zum „Herrschers der Geister“ hören, die durch ihre inhaltlich den bekannteren großen Vorspielen aus Webers Reifezeit nachsteht. Von dem deutschen Meister der Romantik führt sodann das „Gigue“ überschriebene erste Stück aus Claude Debussys „Images pour orchestre“ zu dem französischen Hauptrepräsentanten des impressionistischen Stiles, dessen Einfluß noch heute — nicht nur bei den Jungfranzosen — fortdauert. Der zweite Teil der Vortragsfolge wird durch das großangelegte Variationswerk von W. Braunsfels „Phantastische Erscheinungen eines Themas von Hector Verlioz“ ausgefüllt, das schon vor vier Jahren bei seiner hiesigen Erstaufführung lebhaftes Interesse erregte und ungemein starken Beifall fand. Es darf in der Tat eines der besten Werke der modernen Orchesterliteratur genannt werden. Das unter der Gesamtleitung von Generalmusikdirektor Josef Krips stehende Konzert beginnt, wie üblich, um 8 Uhr und hat eine ungefähr zweistündige Dauer.

Badisches Landestheater. Es sei hiermit darauf hingewiesen, daß das Weihnachtsmärchen „König Drosselbart“ am Samstag, dem 8. Januar, nachmittags 8 Uhr, zum letztenmal in Szene geht.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die von Westen anrückende Warmluft hat bereits gestern bei uns zu Niederjählingen mit aufsteigenden Südwestwinden geführt. Im Gebirge ist inzwischen Tauwetter eingetreten, so daß der im allgemeinen als Schnee fallende Niederschlag in Regen überging. Mit Ausnahme der höchsten Lagen herrschen jetzt überall Temperaturen über Null. (Nebenebene 6—7, Schwarzwald 1—6 Grad.) Heute morgen regnet es in ganz Baden. Unser Land bleibt noch im Bereich des Wirbels, dessen Warmluftmassen namentlich ganz West- und Mitteleuropa überflutet haben. Für morgen steht daher weiterhin mildes Wetter mit vorübergehenden Aufhellungen und vereinzelt Nachregen bevor.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 7. Jan. Ruffdirektor a. D. Richard Gervais, kam am heutigen Freitag in körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag begehen.

Heidelberg, 6. Jan. Der Ordinarius des Staatsrechts, Prof. Gerhard Anschütz, kam am 10. Januar seinen 60. Geburtstag feiern. Anschütz, der einer der angesehensten Juristen und Staatsrechtslehrer Deutschlands ist, lehrte an den Universitäten Berlin, Tübingen und Heidelberg. Durch ihn hat das Gesamtgebiet des öffentlichen Rechts reiche Förderung erfahren. Aus seinen zahlreichen Fachschriften erwähnen wir den wiederholt aufgelegten Kommentar zur neuen Reichsverfassung.

St. Leonhardshöhe, 6. Jan. Die Grippe hat auch hier ihren Einzug gehalten. Es ist bald kein Haus, in dem nicht jemand an der Grippe darniederliegt. Von den hier stationierten alten Bahnbeamten sollen 60 infolge Grippeerkrankungen ihren Dienst nicht versehen können.

St. Konstantz, 6. Jan. Heute starb hier im Alter von 90 Jahren der frühere Mitinhaber der Bankfirma Racaire & Co., Albert von Hofer. Der Verstorbene war auch der älteste Bürger der Stadt Konstantz.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. Januar		6. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.45	168.87	168.31	168.73
Kopenhagen 100 Kr.	112.28	112.56	112.18	112.46
Italien 100 L.	18.70	18.74	18.71	18.75
London 1 Pf.	20.423	20.475	20.408	20.460
Newport 1 D.	4.209	4.218	4.2065	4.2153
Paris 100 Fr.	16.64	16.68	16.605	16.645
Schweiz 100 Fr.	81.22	81.42	81.20	81.40
Wien 100 Schilling	59.31	59.45	59.23	59.37
Prag 100 Kr.	12.46	12.50	12.438	12.478

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 4. Januar d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10½ d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,7455 pence.

Die Weinerte der Pfalz. Das Gesamtergebnis der 1926er Weinerte in der Pfalz bleibt mit rund 9000 Fuder hinter dem amtlich ermittelten Jahresdurchschnitt der letzten 18 Jahre (44 800 Fuder) zurück. Der Weinberst brachte im vergangenen Jahre in der Pfalz insgesamt 35 654 Fuder, davon 9161 Fuder Rotwein.

Die Notlage des rheinischen Weinbaues. Im Kreise St. Goarshausen wurde dieses Jahr nur ein Fünftel des normalen Ertrages geerntet. Die Zusammenstellungen der mittelrheinischen Weinerte 1926 zeigen, daß die Lagen im hiesigen Bezirk den geringsten Ertrag lieferten, wodurch die Notlage der schon lange überschuldeten Winzer, die durchweg nur Kleinbesitz ihr eigen nennen, eine überaus große geworden ist.

Der Seeverkehr Hamburgs weist im Dezember 1926 wie in den vorhergehenden Monaten eine bedeutende Steigerung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorkriegsjahres 1913 auf. Während im Dezember 1913 1178 Seeschiffe mit zusammen 1 179 070 Nettoregistertonnen angekommen sind, waren es im letzten Monat 1466 Seeschiffe mit zusammen 1 435 716 Nettoregistertonnen. Die Gesamtzunahme beträgt an der Schiffszahl gemessen 15 Prozent, nach der Tonnage 28 Proz. Der Anteil der deutschen Schiffe betrug 40 Proz gegenüber 36 im Dezember 1913. Die deutsche Seeschiffahrt hat also im letzten Monat weiteren Boden zurückgewonnen.

Bad. Lichtspiele — Konzerthaus

Ab Samstag, 8. bis Mittwoch, d. 12. Januar, täglich 8 Uhr abends
Sonntag, d. 9. nur 4 Uhr nachm.
 Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags.

Erstaufführung!

Amerika

das Land der unbegrenzten Möglichkeiten im Film.

Der 1. deutsche Großkulturfilm über die Vereinigten Staaten.
 Eine 17 000 km lange Reise kreuz und quer durch U. S. A.
 Erläuterungen: Kapitän Mayer.

Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße und Geschäftsstelle Beiertheimer Allee 10, von 9—1 und 3—5 Uhr.
 Preise von M. 0.60 bis M. 1.80, Schüler, Studierende und Erwerbslose gegen Ausweis halbe Preise.

Um den Andrang an der Abendkasse zu vermeiden wird gebeten, sich im Vorverkauf mit Karten zu versehen.

Leser Bücher Wissen zur Macht!

3.544. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Walter Schmidt, Textilwaren in Karlsruhe, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf: **Mittwoch, den 26. Jan. 1927, vorm. 9 Uhr, Akademiestraße 8, II. Stock, Zimmer Nr. 142, Karlsruhe, den 8. Jan. 1927.** Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts A 5.

Güterrechtsregister.

Mannheim. 3.549 Zum Güterrechtsregister Band XVI O.-3.74 wurde heute eingetragen: **Julius Johann, Kaufmann, und Anna geb. Schredenberger, in Mannheim.** Vertrag vom 18. Nov. 1926 Gütertrennung. Mannheim, 4. Jan. 1927. Amtsgericht B G. 4.

Bereinsregister.

Triburg. 3.525 Vereinsregisterertrag O.-3. 37: „Ruffverein Schonach“ in Schonach. Die Sitzung ist am 20. Sept. 1926 errichtet. Triburg, 30. Dez. 1926. Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

Inventur-Ausverkauf

vom 8.—17. Januar 1927

Meine Preise schlagen alles

Überzeugen Sie sich!

Burchard

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stand vom 6. Januar 1927.
Börse. Das neue Jahr brachte der Börse einen kräftigen Aufschwung. Das Geschäft war auf allen Gebieten lebhaft. Aus weiten Kreisen des Publikums, besonders auch aus dem Ausland, sind umfangreiche Kaufordres bei den Großbanken eingelaufen, die mit einem gewissen allgemeinen Wirtschaftsoptimismus begründet wurden. Besonders begünstigt waren einige Spezialwerte, so die Schiffahrtswerte auf die großen Baupläne der Reedereien. Gegenüber dem außerordentlich festen Kassamarkt der Industriewerte trat der Terminverkehr zurück. Die glatte Erledigung des Ultimoverkehrs regte weiter an. Mit dem Abflauen der Ultimofolgen kamen die wirtschaftlichen Faktoren, die lange unbeachtet gelassen waren, wieder zur Geltung. Von Mitte der Woche an folgte aber der bisher unentwegten Aufwärtsbewegung plötzlich eine kräftige Reaktion in ausgesprochen flauer Stimmung, die wieder eine Abschwächung der Kurse herbeiführte. Den Anlaß zu den überstürzten Abgaben bildeten erneute Geldfragen für Medio, insbesondere die Meldung, daß die Berliner Handelsgesellschaft zum Medio ihre Depotgelder auf 25 Prozent einschränken wolle und mit der Möglichkeit ähnlicher Maßnahmen der übrigen Banken zu rechnen sei.
Geldmarkt. Den frühzeitigen und überaus umsichtigen Dispositionen für die Jahresabschlussprüfungen war es zuzuschreiben, daß die Abwicklung des Prolongationsgeschäftes entgegen den gehegten Befürchtungen noch verhältnismäßig glatt vonstatten ging. Die Anspannung zum Jahresultimato war stärker als im Vorjahr. Der Mißfuß der Gratifikationen, deren Bereitstellung zu Weihnachten eine der Ursachen der Verknappung am Geldmarkt war, hat durch die Kanäle des Einzelhandels prompt eingeleitet. Die für Januar erwartete Diskontermäßigung ist bei der derzeitigen noch unübersichtlichen Lage am Geldmarkt mindestens in Be-

zug auf den Zeitpunkt ungewiß geworden. Die Entspannung nach Ultimo wich möglicherweise nicht den Grad erreichen, der die Voraussetzungen für die an sich wünschenswerten Diskontermäßigung wäre.
Produktenmarkt. An den Produktenbörsen war das Geschäft ruhig wie in der Weihnachtswochen. Eine Belebung des Weizenmarktes ist nicht eingetreten. Die ausländischen Stimmungsberichte klangen wenig erregend. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 267 (-1), Roggen 238 (-1), Wintergerste 205 (unv.), Sommergerste 245 (unv.), Hafer 188 (+2) Mark je pro Tonne und Mehl 37 1/2 (-1/4) Mark pro Doppelzentner.
Warenmarkt. Die Preisbewegung an den Warenmärkten blieb in den letzten Wochen ruhig. Bei den Lebens- und Genussmitteln ist die Inbezugszahl etwas gefallen. Befestigt sind die Häute, und Ledermärkte. Eine gute Geschäftslage weist die Textilindustrie auf. Im Gegensatz zu der Winterbeschäftigung im letzten Frühjahr kann in einzelnen Gebieten sogar von einer Hochkonjunktur gesprochen werden. Die Frühjahrseinstellungen sehen bereits zufriedenstellend ein. Auch der Export nimmt zu. Ruhig ist die Lage auf den Metallmärkten. Die Preissteigerungen sind nur gering.
Wohlfahrt. Auf den Schlachtviehmärkten verlief der Handel ruhig, da die Nachfrage auf den Fleischmärkten sehr still war. Bei dem geringen Auftrieb waren die Preise etwas höher.

Dem Gesuche sind beizufügen (gebetet):
 1. Lebenslauf mit Angabe der Familienverhältnisse,
 2. Geburtszeugnis,
 3. Staatsangehörigkeitsausweis,
 4. Approbationsurkunde,
 5. Zeugnisse über den etwa geleisteten Militärdienst,
 6. Amlich bezeugte Zeugnisse über die bisherige Beschäftigung seit Ablegung der Staatsprüfung,
 7. Politische Führungszeugnisse aus sämtlichen Orten, an welchen der Bewerber nach erlangter Approbation als Apotheker wohnhaft war,
 8. Zeugnisse über etwaige besondere Leistungen oder über wissenschaftliche Fortbildung,
 9. Nachweis über den Besitz der voraussichtlich erforderlichen Geldmittel.
 Karlsruhe, den 6. Januar 1927.
Der Minister des Innern
 J. B.: Hörenbach

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen.
 Der Beginn der nächsten Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen ist auf
Montag, den 14. Februar 1927,
 festgesetzt.
 Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis Montag, den 24. Januar 1927, mit den vorgezeichneten Belegen beim Finanzministerium einzuweisen.
 Dabei wird darauf hingewiesen, daß für den Nachweis der praktischen Ausbildung allgemein gefasene Zeugnisse nicht genügen, daß vielmehr genau angegeben werden muß, welcher Art die Beschäftigung in den einzelnen Stellen war.
 Karlsruhe, den 5. Januar 1927.
Der Finanzminister
 J. B.: Sammet

Staatsanzeiger

Apothek in Öffingen.
 Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Öffingen, Amt Neustadt, die durch Verzicht des bisherigen Inhabers erledigt ist, wird zur Vererbung ausgeschrieben.
 Vererbungsbesuche sind binnen vier Wochen schriftlich hierher einzureichen.

Öffentliche Erinnerung.

I. Auf 10. Januar 1927 (ohne Schonfrist) sind zu leisten die Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer nach dem Einkommen- oder Körperschaftsteuerverbescheid für 1926. **3.548**
 II. Auf die Einreichung der auf 10. Januar 1927 (ohne Schonfrist) für das vierte Kalendertrimesterjahr 1926 oder für den Monat Dezember 1926 fälligen Voranmeldungen für Umsatzsteuer wird erinnert.
 III. Weiter ist zu leisten auf 15. Januar 1927 (ohne Schonfrist) die Vorauszahlung auf Grund- und Gewerbesteuer für 1926 nach dem Grund- und Gewerbesteuerbescheid für 1926.
 IV. Man zahle bargeldlos und vergesse nie bei den Zahlungen seine Steuernummer anzugeben.
 Karlsruhe, den 5. Januar 1927.
 Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land und Ettlingen.

Zum 1. April d. J. ist in Heidelberg die Anstellung einer weiteren

Schulschwester

in Aussicht genommen. Bedingung entsprechende Vorbildung und praktische Erfahrung. Beherrschung des Stenographie und Schreibmaschine erwünscht. Die Anstellung erfolgt zunächst auf Privatdienstvertrag mit einjähriger Probezeit. Besoldung nach Gruppe VI. Meldungen bis zum 1. Februar 1927 an die Stadt. Schularztstelle Heidelberg. **6.67**

Badisches Landestheater
 Samstag, den 8. Jan. 1927
 Nachmittags
König Drosselbart
 von Ludwig Berger
 In Szene gesetzt von Ulrich von der Trend
 Musik. Leitung: A. Richter
 Der König Göder
 Die Prinzessin Mademacher
 Drosselbart Kloeble
 Didbach Herz
 Langebein v. d. Trend
 Klumpfuß Mehner
 Hofmarschall Brüder
 Rarr Dahlen
 Freiseur Gemmede
 Koch Müller
 Herold Graf
 Kammerfrauen Röderl
 Meister Bey Mehl
 von Edelbirch Hofbauer
 Frau Wolf Koch
 Frau Vogel Genter
 Frau Hubelmann Fein
 Frauendorfer Frauendorfer
 Albrecht Albrecht
 Marktfrauen Genter
 Verkäufer Röderl
 Metzger Schneider
 Küchenjunge Brand
 Schornsteinfeger Baier
 Vofz Vofz
 Anfang 3 Uhr Ende geg. 5 1/2
 I. Sperrst. Mk. 3.—
 Abends
 * B 13 Th.-Gem. 1—100 und 1301—1400
Dover—Calais
 von Julius Berst
 In Szene gesetzt von Dr. Gerhard Storz
 Sandercock Hofbauer
 Tuttle Herz
 Norman Maclean Kloeble
 Dr. Basquette v. d. Trend
 Biderton Gemmede
 Solburt Müller
Bürgerl. Rechtspflege
 Streitige Gerichtsbarkeit
 3.547. Überlingen. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Metzgers und Landwirts Josef Endres in Wimmenshausen ist zur Annahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke u. die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerauswahlsmitglieder Schlusstermin bestimmt auf: **Mittwoch, den 2. Februar 1927, vormittags 11 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Überlingen, Zimmer Nr. 2, Überlingen, 30. Dez. 1926. Amtsgericht.**

Verd. Bekanntmachungen
Nadelstammholz-Verkauf
 Die Badischen Forstämter Forzheim und Hohenfeld, beide in Forzheim verlaufen freihändig aus ihren Staatswaldungen zusammen rund **3200 Fm. Tannen** mit weniger Fichten sowie rd. **150 Fm. Fichten** in kleineren Lagen; schriftliche Angebote wollen bis spätestens **Mittwoch, den 19. Januar 1927, vorm. 10 Uhr, bei den betr. Forstämtern**, von welchen je des für seine Waldungen nähere Auskunft und unentgeltlichen Vorkauszügen erteilt, eingereicht werden. **3.548**



Einen gewaltigen Sturz in die Tiefe

bedeuten die Preise unseres diesjährigen

INVENTUR-AUSVERKAUFES

Beginn 8. Januar.

NACH WIE VOR

Bequeme Teilzahlung

Keiner versäume diese günstige Gelegenheit!

Deutsche Bekleidungs-gesellschaft m. b. H.
 Kronenstr. 40 / KARLSRUHE / Ecke Markgrafenstr.
 Das führende Mode-Kaufhaus mit Kreditbewilligung
 Herren ————— für ————— Damen ————— Kinder.